

Presseverteiler
per E-Mail

Bremen, 7. Mai 2015

PRESSEMITTEILUNG

Rüstungsdrehscheibe Bremische Häfen: Im vergangenen Jahr wurden Panzer im Wert von 100 Mio. Euro exportiert

Das Bundesfinanzministerium hat auf eine Anfrage der Bundestagsfraktion DIE LINKE erstmals Zahlen zum Waffenexport über Bremerhaven veröffentlicht. Aus der Datenbank des Zolls ergibt sich: Im vergangenen Jahr wurden über die dortigen Häfen Panzer und militärisches Zubehör für Panzer im Wert von rund 100 Mio. Euro exportiert. Die Fraktion DIE LINKE in der Bremischen Bürgerschaft fordert ein Exportverbot für Rüstungsgüter über die Häfen im Land.

Fraktionsvorsitzende **Kristina Vogt** erklärt: „Die Bremischen Häfen sind zentrale Drehscheibe für Waffenexporte in alle Welt. Die öffentliche Hand ist vielfältig beteiligt, wenn Rüstungsgüter und Kriegswaffen in Bremen und Bremerhaven für den Export umgeschlagen werden: Die Bürgerschaft beschließt das Hafengebührgesetz, mit dem ein Umschlagsverbot etwa für Panzer durchaus möglich wäre, Häfen und Betreiber gehören dem Land und der Stadtgemeinde. Aus Sicht der LINKEN sollte Bremen mit gutem und vermutlich aufsehenerregendem Beispiel vorangehen und den Umschlag verbieten. Unsere Position ist klar: Diese Exporte müssen aufhören.“

Die Landesverfassung Bremens formuliert in Artikel 65, dass ‚Frieden und Völkerverständnis‘ sowie die ‚friedliche Entwicklung der Welt‘ zu den Staatsaufgaben der Freien und Hansestadt Bremen gehören. Vogt: „Waffenexporte sind mit Nachhaltigkeit und Frieden absolut unvereinbar. Das Bremische Hafengebührgesetz ist ‚im Interesse einer grundsätzlich auf Nachhaltigkeit [...] ausgerichteten Gesamtwirtschaft‘ gewidmet und verbietet bereits den Umschlag von Kernbrennstoffen. Die Bürgerschaft kann auch ein Waffenexportverbot im Hafengebührgesetz verankern.“

Jan van Aken, außenpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Bundestag und Experte für Rüstungsexporte, hat die Anfrage an das Bundesfinanzministerium erarbeitet. Van Aken kommentiert: „Mit diesen Panzern und Panzerteilen sehen wir nur die Spitze des Eisbergs. Was da jedes Jahr an Rüstungsgütern tatsächlich aus den Bremischen Häfen insgesamt in die Welt verschifft wird, könnte gut und gerne auch das Fünffache sein. Für die beteiligten Landes- und Bundesbehörden wäre es möglich, umfassende Zahlen zu publizieren. Offenbar fürchtet auch Rot-Grün in Bremen die öffentliche Debatte über ein Exportverbot von Rüstungsgütern über die Bremischen Häfen.“